

**Rede von Frau Terezija Stoisits
Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte
beim Nationalrat der Republik Österreich
Berlin, 15. Juni 2007**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank für die Einladung. Ich möchte den Dank für die Einladung auch gleich mit dem Dank für den gestrigen Abend verbinden, der genau die Erwartungen erfüllt hat, die sie vorab formuliert haben, nämlich sowohl kulinarisch als auch für das Auge und im Hinblick auf die Stadt Berlin, als auch für die Arbeit hier einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Die Kontakte und die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen sind genauso verlaufen, wie Sie, Frau Vorsitzende, es sich gewünscht haben und waren auch für die heutige Sitzung sehr wichtig.

Der Ausschuss für Menschenrechte des österreichischen Nationalrates, dessen Vorsitzende ich bin, hat eine ähnliche Rolle wie der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Die Ähnlichkeit besteht darin, dass es einige Menschen gebe – Parlamentarier, Nichtparlamentarier und Vertreter von NGOs – die der Überzeugung waren, Menschenrechte gehören ins Zentrum der Politik und seien kein Detail am Rande eines Ressorts. Nach jahrelangem Lobbying, vor allem durch NGOs und menschenrechtsinteressierten Politikerinnen und Politikern, wurde im Jahre 1999 dieser Ausschuss eingerichtet. Jetzt sind fast acht Jahre vergangen, und ich bin seit Beginn die Vorsitzende und ziehe ein relativ nüchternes Resümee über die Tätigkeit dieses Ausschusses. Genau aus dem Grund, weil Menschenrechte nicht im Zentrum des politischen Geschehens stehen, sondern weil sie immer noch am Rande von Ministerien angesiedelt sind, denn es gibt kein Ministerium, das ausschließlich für diesen Ausschuss zuständig ist. Unser Ministerium heißt Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und nicht Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und Menschenrechte. Das Bundesministerium für innere Sicherheit heißt Bundesministerium für Inneres und die Frage, die sich Parlamentarier immer stellen ist, wer für die Menschenrechte zuständig ist. Es ist der Innenminister, wenn es um innen- und sicherheitspolitische Anliegen geht. Es ist der Justizminister, wie in Luxemburg. Es ist im österreichischen Fall die Außenministerin, wenn es um Menschenrechte im Ausland geht. Aber irgendwie erleiden Menschenrechte

immer das Schicksal, dass zwar alle zuständig sind, aber niemand sich allein und deshalb hauptverantwortlich fühlt.

Ich sehe immer den österreichischen Bundeskanzler, in Deutschland wird die Bundeskanzlerin dann als Koordinatorin der Regierung als verantwortlich angesehen. Aber es klappt nicht so. Darum sind Einrichtungen und Initiativen, wie die von der Frau Prof. Dr. Däubler-Gmelin, so wichtig, weil ich der Meinung bin, dass es die Position der einzelnen Ausschüsse in den nationalen Parlamenten vehement stärkt, wenn es über die europäische und internationale Ebene hinaus auch Gremien des Austausches gibt. Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und bilaterale Kontakte, mit der Vorgängerin von Frau Prof. Dr. Däubler-Gmelin, haben wir in Österreich über die Jahre bereits gepflegt. Aber auch beispielsweise durch das Interesse Einzelner an der Arbeit des Menschenrechtsrates, der ehemaligen Menschenrechtskommission in Genf, ist es nicht institutionalisiert worden. Was nicht institutionalisiert ist, hat in der Politik auch nicht die Bedeutung, weil quasi Formen, Protokoll und Institutionelles vielfach über den Inhalt hinausgehen. Da sich der Inhalt immer an dem Rahmen und der Form messen lassen muss.

Dieses Lobbying, das in Österreich zur Einrichtung des Ausschusses geführt hat und das jetzt auch zu internationalen Zusammenschlüssen führt, ist für mich das Wesentliche. Menschenrechtsausschüsse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sind immer unangenehm, denn sie loben die Regierungen, Staaten und Verbände nicht. Menschenrechtsausschüsse und –aktivisten klagen in der Regel Versäumnisse und Verletzungen an. Darum ist der Stand, den Menschenrechtsausschüsse in nationalen Parlamenten haben, ein nicht von großer Zuneigung geprägter, wie z. B. der des außenpolitischen Ausschusses. In unserem nationalen Parlament ist es die Krönung Mitglied einer internationalen Aktivität im außenpolitischen Ausschuss oder im Justizausschuss zu sein. In der Vergangenheit bin ich Mitglied des Innenausschusses, des außenpolitischen Ausschusses, des Justizausschusses gewesen und kenne diese Prioritätensetzungen sehr gut. Deshalb ist die Funktion der Kontrolle und des unangenehmen Fragens gegenüber Regierungen, die immer stellvertretend für Verwaltung und staatliche Gewalt stehen, eine ganz wesentliche und ich kann nur alle darin ermutigen, hieran festzuhalten. Lassen Sie sich nicht entmutigen, auch wenn sie Mitglieder von regierenden Parteien sind. In Österreich, und das unterscheidet die Frau

Prof. Dr. Däubler-Gmelin von mir, ist der Vorsitz des Menschenrechtsausschusses, seitdem es ihn gibt, immer in der „Hand bzw. Vorsitz der Opposition“. Es ist manchmal einfacher, weil es für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden einfacher ist, klar auf den Punkt zu kommen. Andererseits, und das ist meine langjährige Erfahrung, ist es schwieriger, weil das oppositionelle Handeln und Wirken ein anderes ist, und die direkten und unmittelbaren Kontakte zu den Regierungsverantwortlichen von Regierungsabgeordneten vielfach intensiver sind. Deshalb kann ich nicht sagen, ob das eine oder das andere richtig ist.

Ich möchte damit zu Ihrer zweiten Bitte kommen, nämlich was sich in der Folge aus dieser heutigen ersten Konferenz entwickelt. Ihren Vorschlag, die Treffen und Konferenzen dieser Art regelmäßig abzuhalten, halte ich im Sinne des vorhin Gesagten für außerordentlich wichtig. Die Idee, dies an den Vorsitz innerhalb der Europäischen Ratspräsidentschaft zu knüpfen, halte ich für verfolgenswert, solange es das Rotationsprinzip noch gibt. Ich befürworte auch sehr, dass wir in künftigen Zusammenkünften uns ein wenig präziser auf ein Thema konzentrieren, weil es dann den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch leichter möglich ist, unmittelbare Beiträge zu leisten. Heute ist das noch unerheblich gewesen, da es das erste Treffen war. Für mich schiene es am sinnvollsten, es von Fall zu Fall von dem Thema, das gerade innerhalb der Ratspräsidentschaft aktuell, jedoch nicht tagespolitisch aktuell ist, abhängig zu machen. Ich hätte da eine Menge Vorschläge und Ideen, vielleicht könnten wir am Nachmittag noch einmal darauf zurückkommen.

Herzlichen Dank noch einmal für die großzügige Gastfreundschaft und für diese wunderbare Idee.